



CDU

Beschluss des 33. Landesparteitags
der CDU Nordrhein-Westfalen

Jedem Kind gerecht werden

Schulpolitische Leitlinien der CDU Nordrhein-Westfalen

12. März 2011, Siegen

Inhaltsübersicht

Ein modernes gegliedertes Schulsystem	4
Früher lernen	8
Individuell fördern in kleineren Klassen	8
Schulsozialarbeit fördern	9
Integration fördern.....	9
Unterrichtsversorgung sicherstellen.....	10
Ganztagsangebot bedarfsgerecht ausbauen	10
Inklusion fördern – Elternwillen berücksichtigen	11
Optimale Qualifizierung für Lehrer – gerechte Bezahlung und hohe Anerkennung	12
Internationalität des Schulsystems voranbringen	12
Fazit	13

Jedem Kind gerecht werden

Schulpolitische Leitlinien der CDU Nordrhein-Westfalen

Gute Bildungspolitik sorgt dafür, dass alle jungen Menschen mit ihren je besonderen Begabungen wertgeschätzt und gefördert werden. Gute Bildungspolitik lässt sich nicht nur an Bildungsabschlüssen, sondern vor allem an den Lebenschancen junger Menschen nach Verlassen der Schule messen. Kein junger Mensch darf dabei übersehen werden. Dieser Leitsatz entspricht dem christlichen Menschenbild der CDU. Er ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auch ein Gebot der Vernunft. Bildungsgerechtigkeit ist kein Zustand, sondern ein Tun: Es ist die stete Sorge dafür, dass die Begabungen und Talente jedes Kindes sich zu seinem eigenen Besten entfalten. Diese Sorge ist von vielen zu tragen, in erster Linie von den Eltern und Familien. Eine besondere Verantwortung kommt der frühkindlichen Bildung und der Schule zu.

Schulbildung soll dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche die Fähigkeit entwickeln, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Sie soll dazu beitragen, dass junge Menschen

- zu selbständigen und selbstbewussten Persönlichkeiten heranreifen,
- verantwortlich am gesellschaftlichen Leben teilhaben können,
- auf einen ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechenden Beruf vorbereitet werden.

Schule soll Freude an lebenslanger Bildung und Neugier auf Inhalte wecken. Sie soll Orientierungsmöglichkeiten in einer Welt bieten, die jedem Einzelnen ein hohes Maß an Fähigkeiten abverlangt, auch weil sie immer komplexer wird. Sie soll ein geeignetes Umfeld für die Entwicklung sowohl intellektueller als auch emotionaler, musischer, motorischer, praktischer und sozialer Fähigkeiten sein. Sie soll die religiöse Dimension des Menschen ernst nehmen. Deshalb ist für die CDU Nordrhein-Westfalen der Religionsunterricht selbstverständlicher Bestandteil aller Schulen und Schulformen. Sie darf Bildung nicht auf die berufsorientierte Vermittlung von Wissen und Können beschränken, sondern muss der persönlichkeitsbildenden Rolle von Sinn- und Wertfragen hohes Gewicht beimessen.

Keine wissenschaftliche Studie lässt sich als Beleg heranziehen, dass gemeinsamer Unterricht aller Kinder in derselben Schulform dem Unterricht in einem gegliederten Schulwesen überlegen ist. Bundesländer mit Tendenz zu Einheitsschul-Systemen stehen im Vergleich nicht besser da, sondern nachweislich schlechter. Es ist deshalb ein Irrweg, das gegliederte und schon jetzt durchlässige Schulwesen aufzugeben und schleichend über Schulversuche ein Einheitsschulwesen an seine Stelle treten zu lassen. Für die Zukunft gilt mehr denn je: Vielfalt ist schulpolitisch Trumpf.

Die CDU Nordrhein-Westfalen hält die schulpolitischen Experimente von Rot-Rot-Grün und die einseitige Bevorzugung der so genannten Gemeinschaftsschule deshalb für unverantwortlich. Wir sehen zwar in den Gesamtschulen ein Element eines vielfältigen Schulsystems. Einen Weg, der absehbar am Ende auf eine Einheitsschule hinausläuft, werden wir nicht kampflos mitgehen.

Ein modernes gegliedertes Schulsystem

Das gegliederte Schulwesen hat sich bewährt, weil es den unterschiedlichen Fähigkeiten und Neigungen der Schülerinnen und Schüler in höchstmöglichem Maße gerecht wird. Deshalb brauchen wir eine äußere Differenzierung des Schulwesens in unterschiedliche Schulformen mit je eigenen Inhalten und Anforderungen und entscheiden uns für ein System unterschiedlicher Bildungsgänge. Eine Fortentwicklung des bestehenden Systems ist jedoch notwendig. Vielerorts, insbesondere in ländlichen Regionen, bedroht die demografische Entwicklung gewachsene Schulstrukturen in ihrer Existenz. Zudem hat sich die Akzeptanz der verschiedenen Schulformen im Laufe der Zeit unterschiedlich entwickelt. Das betrifft vor allem die Hauptschulen, die trotz hervorragender Arbeit für viele Eltern nicht mehr überall die Schulen der Wahl sind. Auf die demografische Entwicklung und auf die Akzeptanzprobleme insbesondere von Hauptschulen müssen und wollen wir reagieren. Wir wollen den schulpolitischen Ordnungsrahmen so justieren, dass auch dort, wo aufgrund der Schülerzahlen eigenständige Haupt- und Realschulen nicht mehr nebeneinander bestehen können, möglichst wohnortnah, z.B. in einer Verbundschule, ein gegliedertes Schulangebot weiterhin gewährleistet ist. Dabei wird sich die CDU Nordrhein-Westfalen eindeutig und unmissverständlich am Elternwillen orientieren. Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht in funktionierenden modernen Hauptschulen einen idealen Ort der Förde-

rung von Kindern insbesondere mit praktischen Befähigungen. Es gibt keine Notwendigkeit, erfolgreiche Hauptschulen zu schließen.

Eckpunkte eines modernen gegliederten Schulsystems:

- Die vierjährige Grundschule hat sich bewährt. Die CDU hält daran fest.
- Jeder Schüler* in Nordrhein-Westfalen hat einen Anspruch darauf, möglichst wohnortnah den Hauptschulabschluss, die Mittlere Reife (mittlerer Abschluss bzw. Fachoberschulreife), die Fachhochschulreife oder das Abitur (Allgemeine Hochschulreife) erreichen zu können.
- Zur Vorbereitung auf die Mittlere Reife oder das Abitur muss für jeden Schüler ein spezifisches Unterrichtsangebot zur Verfügung stehen, das originär zu dem jeweiligen Abschluss führt oder einen höheren ermöglicht.
- Gymnasium und Realschulen sind leistungsstarke und akzeptierte Schulformen, die zum Abitur bzw. zur mittleren Reife führen. Sie müssen auch bei zurückgehenden Schülerzahlen in einer für die Schüler zumutbaren Entfernung erhalten bleiben. Die Lehrpläne und Raumprogramme für das achtjährige Gymnasium („G8“) müssen an die verkürzte Unterrichtszeit angepasst und fortlaufend überprüft werden. Tendenzen, das Gymnasium auf „kaltem Wege“ zur Gesamtschule zu machen und damit letztlich seinen Niedergang herbeizuführen, werden entschieden abgelehnt. Gymnasium und Realschule sind in der Landesverfassung zu verankern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schulpolitik der einzelnen Bundesländer aufeinander abgestimmt wird. Dazu gehört auch eine bessere Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse.
- Alle Schulformen sind grundsätzlich gleichberechtigt mit Finanzen und Personal auszustatten.
- Die in den letzten Jahren begonnene Profilierung der Hauptschule als berufsqualifizierende Schule ist weiter zu intensivieren. Durch eine Kooperation zwischen Schulen, ortsansässigen Unternehmen sowie den Städten und Gemeinden soll ausbildungswilli-

* Unabhängig von der sprachlichen Bezeichnung sind bei sämtlichen Bezeichnungen jeweils in gleicher Weise Frauen und Männer gemeint.

gen und -fähigen Schülern eine verbindliche Berufsperspektive eröffnet werden. Hauptschulen können auch in Zukunft als einzügige Schulen fortgeführt werden.

- Grundschulempfehlungen sollen eine Richtschnur für die Entscheidung der Eltern und eine Grundlage für ein vertrauliches Lehrer-Eltern-Gespräch sein; die Wahl der Schulform ist jedoch letztlich Ausdruck des zum Wohl des Kindes wahrgenommenen Elternrechts.
- Die Erweiterung einer Hauptschule (Aufbauschule) um einen Realschulzweig und einer Realschule um einen Hauptschulzweig in der Verbundschule (Aufbaurealschule) sichert ein wohnortnahes Schulangebot. Mit der Möglichkeit der Fortsetzung an gymnasialen Oberstufen sind diese Schulen auf die Mittlere Reife und den Hauptschulabschluss bezogen. Verbundschulen (Aufbaurealschulen) sind über den bestehenden gesetzlichen Rahmen hinaus weiterzuentwickeln. Angesichts der demografischen Entwicklung soll eine Verbundschule künftig auch dann genehmigungsfähig sein, wenn sie nur zweizügig ist. Dies gilt für Städte ebenso wie für den ländlichen Bereich.
- An Grundschulen in Regionen, die vom Schülerrückgang besonders betroffen sind, sollen – falls dies zum Erhalt eines Schulstandorts erforderlich ist – über die bisherige Ausnahmeregelung hinaus Klassen mit 15 Kindern bzw. jahrgangsübergreifenden Lerngruppen geführt werden können. Wir werden Schulträger dabei unterstützen, durch die mit dem Schulgesetz von 2006 ermöglichten Grundschulverbünde das Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ weiterhin zu verwirklichen.
- Gesamtschulen können genehmigt werden, wenn gewährleistet ist, dass dem Anspruch von Schülerinnen und Schülern, die Mittlere Reife oder das Abitur an einer Realschule oder einem Gymnasium zu erreichen, möglichst wohnortnah entsprochen werden kann und zusätzlich ein entsprechender Bedarf besteht. Dieser Bedarf muss durch Anmeldezahlen, die mindestens eine Vierzügigkeit sicherstellen, dokumentiert sein.
- Die Weiterbildungskollegs, wie z.B. Abendrealschulen und Abendgymnasien, müssen als wichtige Ergänzung der Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen weiter gefördert werden. Sie bieten für viele eine zweite Chance.

- Die CDU Nordrhein-Westfalen will der Dualen Ausbildung eine größere Aufmerksamkeit verleihen. Für uns sind berufliche und akademische Ausbildung gleich wertvoll. Die bestehende Kooperation von Wirtschaft und Schule ist zu intensivieren. Die CDU Nordrhein-Westfalen hält die Berufskollegs für eine wesentliche Säule moderner Bildungspolitik. Sie bieten eine breite Palette beruflicher und allgemeinbildender Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten an und erhöhen dadurch die Durchlässigkeit im vielfältigen Bildungssystem. Die Berufskollegs leisten wesentliche Beiträge zu aufstiegsorientierter Bildung.
- Die Durchlässigkeit der Schulformen muss weiter verbessert werden. Alle Kinder und Jugendlichen müssen unabhängig davon, in welcher Schulform sie ihre Schullaufbahn beginnen, ihren persönlich bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Die dafür notwendigen Übergangskonzepte sollen durch weitere personelle Ausstattung unterstützt werden. Ein Beitrag zur größeren Durchlässigkeit können freiwillige schulformübergreifende Kooperationen und Angebote sein.
- Als oberstes Ziel aller Reformen muss die Verbesserung der Unterrichtsqualität erreicht werden. Den Schulen muss im Sinne der „selbstständigen/eigenverantwortlichen Schule“ die Möglichkeit gegeben werden, den Unterricht so zu verbessern, dass alle Schülerinnen und Schüler bestmöglich qualifiziert werden.
- Zur Wahlfreiheit der Eltern in einer vielfältigen Schullandschaft gehören die Schulen in freier Trägerschaft, für deren Förderung und Unterstützung die CDU Nordrhein-Westfalen sich auch künftig engagieren wird. Die staatliche Förderung ist im bisherigen Umfang zu gewährleisten. Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich klar zum Erhalt der konfessionellen Bekenntnisschulen in NRW. Die bestehenden Bekenntnisschulen erfahren insbesondere auch bei bekenntnisfremden Eltern große Akzeptanz. Ergänzend setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen dafür ein, neben den bestehenden Bekenntnis- und Gemeinschaftsschulen eine neue Schulart gesetzlich zu verankern: die christlich-ökumenische Bekenntnisschule.
- Die CDU Nordrhein-Westfalen lehnt die Einführung von Grundschulbezirken ebenso wie die Einführung von Schulbezirken für weiterführende Schulen ab.

- Das Übergangsmanagement von der allgemeinbildenden Schule in die Ausbildung oder in das Studium ist zu verbessern, um die derzeit zu hohen Abbrecherquoten in Lehre und Studium zu verringern. Dabei ist insbesondere auf eine enge Vernetzung zwischen Schule und Universitäten zu setzen.
- Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für die Wiedereinführung von Kopfnoten ein.
- Schulentwicklungspläne der Kommunen müssen über die bereits bestehenden gesetzlichen Regelungen hinaus in einem regionalen Konsens aufgestellt und umgesetzt werden. Regionale Schulentwicklungspläne, wie sie in anderen Planungsverfahren üblich sind, können kommunale Konkurrenzen, die zur Zerstörung einer gewachsenen Schullandschaft führen, verhindern. Den Kommunen muss verstärkt die Möglichkeit gegeben werden, interkommunal tätig zu werden und ggf. gemeinsam eine entsprechende Hauptschule zu organisieren.

Früher lernen

Zur besseren Verzahnung von Kindergarten und Schule soll das der Schule vorangestellte Kindergartenjahr zu einem „Begegnungsjahr“ werden. Hierfür bedarf es innovativer, brückenbildender Elemente, die in gleichberechtigter und gemeinsamer Verantwortung beider Einrichtungen (Kindergarten und Schule) liegen. Diese sollen in Form von Begegnungsblöcken verbindlich und beitragsfrei allen Kindern zu Gute kommen. Wenn aus der Schnittstelle Kindergarten-Schule eine Verbindungsstelle wird, profitieren nicht nur die Kinder, sondern auch ihre Eltern und der Primarbereich vom Elementarbereich und umgekehrt.

Individuell fördern in kleineren Klassen

Kleinere Lerngruppen in allen Schulformen sind eine Voraussetzung für bessere Lernergebnisse. Die demografische Entwicklung bietet die Möglichkeit, Lehrer und Erzieher so einzusetzen, dass individuelle Förderung erleichtert wird. So werden die unterschiedlichen Bedürfnisse von leistungsstarken wie von leistungsschwachen Schülern beachtet und differenzierte Fördermöglichkeiten angeboten. Kinder, bei denen erkannt wird, dass sie be-

sondere Begabungen oder gar Hochbegabungen in einem bestimmten Spektrum oder auch auf breiter Linie aufweisen, sollten umfassend gefördert und gefordert werden. Eigenverantwortliche Schulen können hier selbstständige Lösungen finden, müssen aber die landesweiten Standards erfüllen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert, dass in den Grundschulen künftig keine Eingangsklasse mehr als 25 und in den weiterführenden Schulen keine Eingangsklasse mehr als 28 Schülerinnen und Schüler hat. Die durchschnittliche Klassengröße soll in den Grund- und Hauptschulen schrittweise auf 20 und in den Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien auf 24 gesenkt werden. Der Demografiegewinn muss genutzt werden, die Lehrer-Schüler-Relation deutlich zu verbessern.

Schulsozialarbeit fördern

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, gemeinsam mit den Schulträgern und dem Land die Schulsozialarbeit und die schulpsychologische Beratung für alle Schulformen, auch zur Konzentration der Lehrkräfte auf ihre eigentlichen Aufgaben, weiter auszubauen. Wir wollen die notwendige Kooperation von Schule und Jugendhilfe weiter stärken. Das heute bereits vorhandene bürgerschaftliche Engagement in Schulen ist weiter zu fördern und zu unterstützen.

Integration fördern

Von besonderer Bedeutung für die Integration von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte und die Förderung von Kindern mit familiär bedingter Bildungsferne ist die vorschulische Bildung. Nordrhein-Westfalen ist unter der CDU-geführten Landesregierung auf dem Gebiet der Sprachförderung bundesweit zum Vorreiter geworden. Durch die verbindlichen Tests zur Sprachentwicklung der Kinder bereits zwei Jahre vor der Einschulung wird gewährleistet, dass Defizite in der Sprachfähigkeit frühzeitig erkannt und gezielt bis zur Einschulung durch eine verpflichtende Sprachförderung abgebaut werden können. Jedes Kind soll befähigt werden, von Anfang an dem Schulunterricht sicher zu folgen. Integration kann nur gelingen, wenn die Familien in die Bildungsprozesse ihrer Kinder einbezogen werden. Die unter der CDU-geführten Landesregierung eingeführten über 2.000 Familien-

zentren haben sich als Orte der Integration bewährt, weil sie, über neue Wege in der Bildungsförderung von Kindern hinaus, deren Eltern ansprechen und vor allem für Familien mit Zuwanderungshintergrund eigene Bildungs- und Beratungsangebote entwickelt haben. Sie sollen weiterentwickelt und ausgebaut werden. Insgesamt wollen wir konsequent daran arbeiten, die Lebens-, Bildungs- und Ausbildungsperspektiven von Kindern und Jugendlichen mit einer Zuwanderungsgeschichte weiter zu verbessern. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird sich für die Anerkennung von Abschlüssen von Schule, Beruf und Universitäten aus den Herkunftsländern einsetzen.

Die Einführung eines regulären islamischen Religionsunterrichts für Jungen und Mädchen – entsprechend dem christlichen Religionsunterricht – durch in Deutschland ausgebildete Lehrkräfte, unter deutscher Schulaufsicht und in deutscher Sprache, bleibt für die CDU NRW trotz aller Umsetzungsschwierigkeiten ein erklärtes Ziel.

Unterrichtsversorgung sicherstellen

Der Unterrichtsausfall ist durch die Verbesserung der Lehrerversorgung und ein weiteres Bündel von Maßnahmen unter der CDU-geführten Landesregierung praktisch halbiert worden. Allerdings wäre dies ohne den gesteigerten Einsatz unserer Lehrkräfte nicht möglich gewesen. Die CDU Nordrhein-Westfalen hält es im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen für unabdingbar, auch künftig alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Ausfall von Unterricht an unseren Schulen zu verhindern.

Ganztagsangebot bedarfsgerecht ausbauen

Die CDU Nordrhein-Westfalen strebt eine flexible Weiterentwicklung der 2005 eingeleiteten erfolgreichen Offensive zum bedarfsgerechten Ausbau des Ganztags an Grundschulen und weiterführenden Schulen an. Die offenen Ganztagsgrundschulen müssen zu gebundenen Ganztagsgrundschulen weiterentwickelt werden. Dabei müssen Elternwünsche sowie örtliche Bedingungen berücksichtigt werden. Eine Bevorzugung einzelner Schulformen darf es nicht geben.

Neben reinen Ganztagschulen sollen Schulen Ganztagszüge ergänzend zu Halbtagszügen anbieten können. Selbstverständlich soll es auch weiterhin das Angebot von Halbtagschulen geben, damit Eltern eine echte Wahlfreiheit haben. Bei Ganztagschulen muss allerdings in ausreichender Weise Rücksicht auf nachmittägliche kirchliche Angebote genommen werden.

Die von der CDU-geführten Landesregierung eingerichtete Pädagogische Mittagsbetreuung soll als flexibles Instrument durch Erhöhung der Mittel weiter ausgebaut werden.

Die freien Angebote der Jugendhilfe, der Kirchen, der kulturellen Bildung und des Sports sind wesentlich für die kognitive, emotionale, motorische und soziale Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen. Sie sollen in die Gestaltung des Ganztags auch in Zukunft einbezogen werden, neben dem offenen Ganztag der Grundschulen nunmehr auch verstärkt im Ganztag der weiterführenden Schulen.

Inklusion fördern – Elternwillen berücksichtigen

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist der Überzeugung, dass das Wohl der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung der Maßstab für die richtige Wahl der Schule sein muss. Daher müssen Eltern nach individueller Beratung in die Lage versetzt werden zu entscheiden, wo ihr Kind mit Behinderung am besten gefördert wird, in einer Regelschule oder in einer Förderschule. Die CDU Nordrhein-Westfalen würdigt die in unserem Land einzigartigen, gewachsenen Förderschulsysteme.

In Nordrhein-Westfalen sollen deshalb die Eltern jedes Kindes, das sonderpädagogische Förderung benötigt, ein Wahlrecht auf den Besuch einer Förderschule oder einer Regelschule in zumutbarer Nähe haben. Die den Schulträgern entstehenden Mehrkosten werden durch das Land ausgeglichen. Die Förderschule wird zu einer Angebotsschule fortentwickelt. Die mit dem Schulgesetz von 2006 ermöglichten Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung sollen zu einem Motor in dem Prozess der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen werden.

Wir werden alle Anstrengungen verstärken, um hierzu befähigten Jugendlichen mit Behinderungen auch eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen.

Optimale Qualifizierung für Lehrer – gerechte Bezahlung und hohe Anerkennung

Grundlage für guten Unterricht, gleich an welcher Schule, sind gut ausgebildete, regelmäßig fortgebildete und motivierte Lehrer. Wir setzen uns dafür ein, dass der Lehrerberuf attraktiver und ihm die gebührende gesellschaftliche Anerkennung zuteil wird.

Eine besondere Aufgabe der nächsten Jahre ist die Umsetzung der von der CDU-geführten Landesregierung auf den Weg gebrachten Reform der Lehrerausbildung. Sie gilt bundesweit als vorbildlich. Die neue Lehrerausbildung legt wesentlich mehr Wert auf die Unterrichtspraxis und wird zur Folge haben, dass fachliche, methodische und pädagogische Forderungen und Kompetenzen in einem umfassenden Zusammenhang betrachtet werden. Die Lehrerausbildung wird insgesamt profilierter und praxisnäher; alle Lehrämter erhalten durch die künftig gleich lange Ausbildung die gleiche Bedeutung. Dies und eine gerechte Bezahlung müssen sich auch im Rahmen einer Dienstrechtsreform widerspiegeln. Weiterhin gilt, dass besonders Lehramtsstudierende mit Migrationshintergrund zu fördern sind.

Die CDU Nordrhein-Westfalen hält es für erforderlich, dass die in der Lehrerausbildung erworbenen Kompetenzen durch exzellente Weiterbildungsangebote und durch eine Pflicht zur regelmäßigen Fortbildung stetig ausgebaut und vertieft werden. Vertretungen sollen dabei den normalen Unterricht weiter gewährleisten. Im Bereich der Fortbildung ist eine Vernetzung mit vielfältigen Fortbildungsträgern, von der betrieblichen Praxis über die Zentren für schulpraktische Ausbildung bis hin zur Hochschule, erforderlich. Auch wird sich die CDU Nordrhein-Westfalen für eine ortsnahe Bündelung der Kompetenzen in der Schulaufsicht einsetzen.

Internationalität des Schulsystems voranbringen

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, die Internationalität unseres Bildungssystems weiter voranzutreiben. Wir legen dabei besonderen Wert auf Austausch und Partnerschaften mit unseren europäischen Nachbarn.

Neben den von uns geförderten Europaschulen, wollen wir Internationale Schulen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen zulassen. Wir werden darauf achten, dass die

derzeitige Landesregierung nicht wieder zu ihrer Nichtgenehmigungspraxis von vor 2005 zurückkehrt.

Der bilinguale Unterricht ist an unseren Schulen weiter auszubauen. Dafür muss die bundesweit einmalige, 2009 gestartete Initiative zur Gewinnung von ausländischen Lehrkräften für den fremdsprachlichen Unterricht (Lehreranwerbungsprogramm) fortgesetzt werden. Zudem sollen besonders in Grenzregionen die Sprache der Nachbarländer angeboten werden.

Wir wollen Schulen intensiv unterstützen, die den gleichzeitigen Erwerb des deutschen Abiturs und vergleichbarer internationaler Abschlüsse ermöglichen.

Zu einer umfassenden Bildung gehört auch interkulturelle Kompetenz. Den Respekt vor anderen Kulturen und das Verständnis füreinander, aber auch die Wertschätzung der eigenen Heimat, können Schüler besonders gut während Schüleraustauschprogrammen oder Auslandsaufenthalten lernen und erfahren.

Fazit

Die CDU Nordrhein-Westfalen möchte mit ihren neuen schulpolitischen Leitlinien den demografischen Wandel in der Bevölkerung, die gesellschaftlichen Realitäten und den Willen der Eltern aufgreifen und daraus politische Konsequenzen ziehen. Jedem Kind gerecht zu werden ist und bleibt das oberste Prinzip. Wir wollen an allen funktionierenden Schulen und Schulformen festhalten und Wege zu ihrer Weiterentwicklung eröffnen.